



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen.....	7
	Außenpolitik	8
4.	Türkische Zyprioten	8
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	11

FES NEWS

FES Website mit dem Newsletter Archiv jetzt online

www.fescyprus.org

1. Das Zypernproblem

Während des gesamten Dezembers versuchten die türkisch- und griechisch-zypriotischen Vertreter sowie die UN zu einer gemeinsamen Erklärung zu gelangen, welche die Grundprinzipien einer Lösung festlegen soll. Dies ist die Vorbedingung der griechischen Zyprioten, um die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Beide Seiten legten ihre Entwürfe vor, welche die jeweiligen Interessen wahren und zugleich die Befürchtungen der anderen Seite entkräften sollten. Bis Monatsende war jedoch noch kein Durchbruch erzielt worden. Beide Seiten fielen in das gewohnte Schema zurück und beschuldigten sich gegenseitig für die Verzögerung, obwohl sowohl die türkisch- wie auch die griechisch-zypriotischen Medien berichteten, dass beide Seiten kurz davor gestanden seien, ihre Differenzen zu überbrücken.

Es scheint, dass beide Seiten in einer Sackgasse stecken, was den Ausdruck „eine staatliche Souveränität“ angeht. Die griechischen Zyprioten bestehen darauf, dass dieser Begriff in die gemeinsame Erklärung aufgenommen wird, was die türkischen Zyprioten jedoch nicht akzeptieren wollen. Dies liegt daran, dass die Formulierung für jede Seite eine unterschiedliche Bedeutung hat. Für die griechischen Zyprioten bedeutet die Aufnahme des Begriffes einer Staatshoheit eine Garantie dafür, dass die Verhandlungen nicht auf eine konföderale Lösung oder womöglich auf eine zukünftige Abspaltung der türkischen Zyprioten hinauslaufen. Den türkischen Zyprioten geht es vor allem um die Sicherstellung ihrer politischen Gleichheit im Falle einer Wiedervereinigung. Daher

bestehen sie auch darauf, dass auch der Begriff ‚Restzuständigkeiten‘ für die Gliedstaaten in die Erklärung aufgenommen wird.

Am 13. Dezember machte der UN-Sondergesandte Alexander Downer, der Richtung Flughafen unterwegs war, um in die Weihnachtsferien zu fahren, noch einmal kehrt für eine neue Verhandlungsrunde. Dies geschah nach einer Woche, in welcher der Gesandte zwischen beiden Seiten hin und her pendelte, um eine Einigung auf einen Text für die gemeinsame Erklärung zu erreichen. Zur selben Zeit fand ein Gespräch zwischen dem griechischen Außenminister Evangelos Venizelos und seinem türkischen Amtskollegen Ahmet Davutoglu über das Zypernproblem während eines Treffens in Athen statt. Dies geschah vor dem Hintergrund der anstehenden EU Ratspräsidentschaft Griechenlands für 2014, während der das Land auch Einfluss darauf hat, welche Kapitel in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eröffnet werden. Davutoglu wurde auch für den 14. Dezember zu einem eintägigen Besuch im Norden erwartet.

Während seiner intensiven Pendeldiplomatie traf sich Downer auch mit Davutoglu in der türkischen Botschaft im Norden. Dies rief eine scharfe Reaktion auf Seiten der griechischen Zyprioten hervor, da dies die ‚TRN¹ aufzuwer-

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Dervisch Eroglu der Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Gemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern international als Regierung für die gesamte Insel anerkannt ist, gilt die gesamte Insel

ten schien. Obwohl Davutoglu vor der Unterredung von seinen amerikanischen und britischen Amtskollegen, John Kerry bzw. William Hague, kontaktiert worden war, konnte Downer Davutoglu scheinbar nicht von der Idee einer einheitlichen Staatshoheit überzeugen. Im Gegenteil, der türkische Außenminister bestand ebenfalls auf einer Zweistaatenlösung, bei der jeder Staat über eine eigene Souveränität verfügt.

Ohne das Vorhandensein einer gemeinsamen Erklärung wurde der Beginn der Verhandlungen auf frühestens Mitte Januar verschoben. Dies bedeutet, dass die Chancen, die Verhandlungen bis März 2014 voranzubringen, zunehmend schwinden. In diesem Monat finden in der Türkei Kommunalwahlen statt, gefolgt von Präsidentschaftswahlen im August. Momentan wird die Türkei von politischen Unruhen geschüttelt, die zu politischer Instabilität führen können. Premierminister Erdogan und ehemalige Mitglieder seines Kabinetts sehen sich mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert, die eine noch nicht dagewesene Herausforderung für Erdogans seit elf Jahren dauernde Regierungszeit und die Vorherrschaft der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt) darstellen. Es ist zu befürchten, dass sich Erdogans Haltung dadurch in der Zypernfrage verhärten könnte. Erdogan muss sich seine innenpolitische Unterstützung gegenüber der Gülen-Bewegung und einer wachsenden, säkularen Opposition

als Mitglied der Europäischen Union. Der Acquis communautaire ist jedoch im nördlichen Teil Zyperns so lange ausgesetzt, bis eine politische Lösung für das Zypernproblem gefunden wird (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

sichern. In einer solchen Lage scheinen Konzessionen von Seiten der Türkei oder eine Änderung ihrer Position hinsichtlich der Zypernfrage immer unwahrscheinlicher.

Am 18. Dezember besprach Präsident Anastasiades während einer Telefonkonferenz mit dem UN Generalsekretär Ban Ki-moon die Entwicklung hinsichtlich der gemeinsamen Erklärung, was von Beobachtern als Versuch gewertet wurde, Downer zu übergehen.

Am 19. Dezember informierte Anastasiades die EU-Regierungschefs während eines EU-Gipfels über die neuesten Entwicklungen in den Zyperngesprächen. Der Gipfel befasste sich mit den Beziehungen zwischen EU und NATO, welche momentan durch die politischen Probleme aufgrund des Disputs zwischen der Türkei und Zypern erschwert werden.

Auf Zypern verfassten die griechisch- und der türkisch-zypriotischen Bürgermeister von Famagusta, Alexis Galanos und Oktay Kayalb, eine gemeinsame Erklärung, in der sie ihre nachdrückliche Unterstützung in Bezug auf die schnellstmögliche Rückgabe der eingeschlossenen Stadt Varoscha an ihre rechtmäßigen Eigentümer und Bewohner unter Aufsicht der UN zum Ausdruck bringen.

Der Erklärung zufolge soll der Hafen von Famagusta unter Aufsicht der EU für den internationalen Schiffsverkehr geöffnet werden und die sich innerhalb der mittelalterlichen Stadtmauern befindende Stadt Famagusta auf die UNESCO-Liste für das Weltkulturerbe gestellt werden. Kayalb zufolge soll die Stadt umgestaltet werden, sodass alle, die sich Fama-

gusta verbunden fühlen, eine gemeinsame Zukunft haben. Dies fand die Zustimmung von Alexis Galanos, der davon überzeugt ist, dass die gemeinsame Erklärung einen Anstoß geben könne, gemeinsame Perspektiven zu schaffen und eine klare Botschaft gegen die Teilung der Stadt auszusenden.

Das Komitee für Vermisste (Committee on Missing People – CMP) gab bekannt, dass für das Jahr 2013 die Überreste von 131 vermissten Personen identifiziert wurden, wovon 88 griechische Zyprioten und 43 türkische Zyprioten waren. Die Aufgabe der CMP besteht darin, die Überreste von 2001 Personen zu identifizieren, die zwischen 1960 und 1974 verschwunden sind. Seit 2006, als das Komitee seine Arbeit aufnahm, wurden 475 Menschen identifiziert. Die Zahl von in diesem Jahr 131 identifizierten Personen stellt einen Rekord dar; im Vorjahr waren es lediglich 24. Allerdings sind immer noch 76% der vermissten griechischen Zyprioten und 76% der vermissten türkischen Zyprioten nicht identifiziert worden.

2. Gasvorkommen

Auf einer am 18. Dezember in Houston abgehaltenen Konferenz gab Noble Energy bekannt, dass es Hinweise auf potentiell ca. drei Milliarden Barrel Öl in den Gewässern zwischen Zypern und Israel gibt, wobei die Hälfte der Vorkommen in dem zu Zypern gehörenden Block 12 vorhanden sei. Der von Noble verwendete englische Fachbegriff “unrisked potential“ bezieht sich auf eine grobe Bemessung

vorhandener Ressourcen, was jedoch nicht bedeutet, dass diese mit bestehenden Fördermethoden auch ausgebeutet werden können.

Das Energieunternehmen beeilte sich jedoch, keine allzu großen Erwartungen zu schüren und wiederholte, dass die Ausbeutung des Erdgases zunächst vorrangig sei und es sich lediglich um Rohdaten handle. Es wird keine eindeutigen Aussagen über die Ölvorkommen machen können, bevor die seismologischen, dreidimensionalen Daten im April oder Mai 2014 vorliegen. Der Vorstandsvorsitzende von Noble Energy, Keith Elliot, erklärte, dass eine Erfolgchance von mindestens 20% vorliegen müsse, bevor sein Unternehmen mit der Förderung von Öl beginne.

Noble Energy beschrieb drei mögliche Optionen, wie das zypriotische Gas gefördert werden kann, wobei eine sich an Land befindende LNG-Anlage bei Vasilikos die bevorzugte Variante sei, solange genügend Ressourcen in Block 12 oder anderen Gebieten gefunden werden oder wenn die Vorkommen aus dem israelischen Leviathan-Feld mit dem zypriotischen Erdgas zusammengeführt würden. Noble Energy erwähnte auch zum ersten Mal die Möglichkeit, das Gas mit Hilfe einer Pipeline zu fördern und an bereits bestehende Anlagen in Ägypten anzuschließen. Des Weiteren könnte eine schwimmende LNG-Anlage in Betrieb genommen werden.

Anfang Dezember setzten die israelischen Partnerfirmen von Noble Energy, Delek Drilling und Avner Oil Exploration, deren Zahlen für das

Aphrodite-Feld von 5,2 auf 4,1 tcf herab, was daran liegt, dass deren Berechnung der Schichtdicke auf anderen Messmethoden beruht als dies die Amerikaner verwenden. Die neue Zahl wurde von Noble Energy jedoch nicht in Frage gestellt. Im allgemeinen wird davon ausgegangen, dass ein Mindestvorkommen von 5,5 bis 7 tcf benötigt wird, damit sich eine LNG-Anlage wirtschaftlich rentiert.

Die Verhandlungen zwischen der Republik Zypern und dem italienisch-südkoreanischen Konsortium von ENI und KOGAS über Explorationskonzessionen für die Blöcke 5 und 6 kamen nicht so voran wie erwartet, obwohl das Konsortium in der Vergangenheit Interesse gezeigt hatte. Dem Konsortium zufolge gebe es keine ausreichenden Daten über mögliche Erdgasvorkommen, was mit einem höheren Investitionsrisiko verbunden sei, zumal diese Blöcke auch von der Türkei beansprucht würden.

Am 3. Dezember unterzeichneten der Energieminister Giorgos Lakkotrypīs und der Vorsitzende der palästinischen Energiebehörde, Omar Kittaneh, eine Absichtserklärung über einen gemeinsamen Dialog sowie eine Zusammenarbeit in Energiefragen. Die Erklärung sieht neben Treffen den Austausch von Informationen und Personal sowie die Umsetzung gemeinsamer Ausbildungsprogramme vor. Des Weiteren sollen Möglichkeiten zur Zusammenarbeit in Energiefragen, vor allem in den Bereichen Elektrizität und erneuerbare Energien, erkundet werden.

Außerdem unterzeichneten Zypern und Ägypten am 12. Dezember ein Unitisierungsabkommen zur gemeinsamen Erkundung von möglichen Gas- und Ölvorkommen, die sich im Grenzbereich der ausschließlichen Wirtschaftszonen beider Länder befinden. Ein Unitisierungsabkommen ist ein rechtlich bindendes Dokument, in dem festgelegt wird, wie die auf der Grenzlinie gefundenen Reserven friedlich genutzt werden können. Das Abkommen ist das Ergebnis verbesserter Beziehungen zwischen beiden Ländern nach der Absetzung des ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi durch die ägyptische Armeeführung.

Die zypriotische Regierung zieht den Kauf von zwei israelischen Marineschiffen im Wert von 100 Millionen Euro in Betracht. Die Schiffe sollen hauptsächlich in Zyperns ausschließlicher Wirtschaftszone patrouillieren.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Nach der positiven Bewertung des zweiten vierteljährlichen Berichts über das makroökonomische Anpassungsprogramm der Troika² im November genehmigte die Eurogruppe am 9. Dezember die Privatisierungspläne der halbstaatlichen Unternehmen für die Jahre 2016-2018. Die Zustimmung zu den Plänen war eine

² Die Troika besteht aus Vertretern des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB):

Vorbedingung zur Auszahlung der dritten Tranche in Höhe von 186 Millionen Euro.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) genehmigte die Auszahlung von 100 Millionen Euro an Zypern, während die verbleibenden 86 Millionen Euro vom Internationalen Währungsfond (IWF) bereitgestellt wurden. Bis jetzt hat Zypern 4,7 Milliarden Euro von den insgesamt 10 Milliarden Euro Finanzhilfe erhalten, die im Rettungsprogramm vereinbart worden waren. Die Einnahmen aus den vom Kabinett einstimmig angenommenen Privatisierungsplänen sollen 1,4 Milliarden Euro zur Reduzierung der Staatsverschuldung Zyperns beisteuern. Den Plänen zufolge soll das Telekommunikationsunternehmen CyTA als erstes bis Dezember 2014 privatisiert werden. Danach soll das Elektrizitätsunternehmen EAC im Dezember 2015 folgen. Die Hafenbehörde bleibt ein Staatsunternehmen, wobei in Zukunft die kommerziellen Aktivitäten von einem privaten Unternehmen gemanagt werden sollen. Zwischenzeitlich meldeten die Gewerkschaften ihren Widerstand gegen die Pläne an und veranstalteten Warnstreiks. Sie drohten der Regierung mit einer Eskalation, falls die Privatisierungspläne umgesetzt würden.

Der für 2014 verabschiedete Haushaltsplan, der erste nach der finanziellen Rettung Zyperns durch die internationalen Gläubiger, wurde vom Parlament verabschiedet. Im Vergleich zum Budget von 2013 sieht der neue Haushalt Kürzungen in Höhe von 10% (ohne Zins- und Rückzahlungen oder Reserven) oder 5,6 Milliarden Euro vor. Die Regierung hofft auf Einnahmen von 7,9 Milliarden Euro und rechnet mit

Ausgaben in Höhe von 7,7 Milliarden Euro. Es wird erwartet, dass die Wirtschaft um 3,9% schrumpft und die Arbeitslosenrate 19,5% erreicht. Die öffentliche Neuverschuldung wird voraussichtlich bei 5,4% des BIP liegen, während sich die Schuldenquote auf 123% erhöhen wird (2013: 114%).

Die Zentralbank kündigte eine Verschärfung der Kreditvergabekriterien für Banken an. So soll der Wert einer Immobilie nicht mehr allein als Sicherheit bei einer Kreditvergabe dienen, sondern auch die Fähigkeit des Kreditnehmers zur Rückzahlung eines Kredites auf der Basis von entsprechenden Dokumenten.

Präsident Anastasiades kündigte am 11. Dezember eine Reihe von Maßnahmen in einem Umfang von 340 Millionen Euro zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Unterstützung von Unternehmen an. Die Maßnahmen zielen darauf ab, 7.500 Arbeitslose in die Wirtschaft zu integrieren und 2.000 sich in finanziellen Schwierigkeiten befindende Familien sowie eine Anzahl kleinerer und mittlerer Betriebe zu unterstützen. Die Maßnahmen fallen in vier verschiedene Kategorien - kleine und mittlere Betriebe, Hotels, Jugendarbeitslosigkeit und sozialer Zusammenhalt – und sollen im Januar 2014 in Kraft treten. Die Europäische Investitionsbank (EIB) wird außerdem zwei innovative Programme im Umfang von 150 Millionen Euro finanzieren. Das erste Programm in Höhe von 50 Millionen Euro soll dazu verwendet werden, kleinere und mittlere Betriebe im internationalen Handel zu unterstützen. Außerdem wird die EIB 100 Millionen Euro für einen Fond zur Verfügung stellen, mit dessen Hilfe der Staat

und die Banken auf der Basis eines geteilten Risikos Kapital an kleinere und mittlere Unternehmen verleihen, damit diese ihre Investitions- und Kapitalbedürfnisse abdecken können.

Dem Wirtschaftsdienst *Ernst and Young* zufolge kann ein Wirtschaftswachstum für Zypern nicht vor 2017 erwartet werden. Dies ist das Ergebnis der Winterstudie über die wirtschaftlichen Aussichten innerhalb der Eurozone. Der Prognose zufolge soll die Arbeitslosigkeit auf 25% steigen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stand dem statistischen Amt zufolge im November bei 50.196, was eine Abnahme von 825 Menschen im Vergleich zum Vormonat bedeutet. Die Arbeitslosigkeit erreichte im dritten Quartal 16.2% gegenüber 15.5% im vorhergehenden Quartal und 12.1% im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Durchschnittlich waren im Jahr 2013 46.765 Menschen arbeitslos, im Vorjahr waren es noch 36.362 gewesen. Binnen eines Jahres stieg daher die Arbeitslosigkeit um 28.6%. Nach Eurostat Angaben verzeichnete Zypern einen Anstieg binnen eines Jahres von 13.3% auf 17.3% im November. Die Zahl der Arbeitslosen kletterte im dritten Quartal auf 72.660. Die Daten von Eurostat werden innerhalb der EU für die Arbeitslosenzahlen verwendet. Die ihnen eine umfassendere Erfassung von Arbeitslosen zu Grunde liegt, sind die Eurostat Zahlen deutlich höher als die offiziellen Angaben der zypriotischen Statistikbehörde.

2013 gab es zum ersten Mal in 50 Jahren in Zypern eine Deflation, deren Rate -0,4% betrug. Die Deflation betrug im Dezember -2,3% im Vergleich zu -2,1% im November. Der Verbrau-

cherpreisindex fiel im Dezember 2013 auf 117,49 Punkte (Vormonat: 117,83 Punkte).

Die Zahl der Anträge für Aufenthaltsgenehmigungen und zur Erlangung der zypriotischen Staatsbürgerschaft von Nicht-EU-Bürgern hat beträchtlich zugenommen. Um eine Aufenthaltsgenehmigung und die zypriotische Staatsbürgerschaft zu beantragen sind der Kauf eines privaten Heims im Wert von mindestens 300.000 Euro und Bankeinlagen von mindestens 30.000 Euro in einer zypriotischen Bank für wenigstens drei Jahre Grundbedingungen. Im Dezember betragen die im Rahmen des Programmes ‚Land für Staatsbürgerschaft‘ in die zypriotische Wirtschaft geflossenen Beträge insgesamt fast 300 Millionen Euro. Die Mehrzahl der Antragsteller stammt aus China und Russland. Im Oktober 2013 lag die Zahl der aus China stammenden Antragsteller bei 400. Dies ist Teil der allgemeinen Zunahme ausländischer Direktinvestitionen, die insgesamt bei rund 500 Millionen Euro lagen. Diese Entwicklung ist besonders für die zypriotische Baubranche von Bedeutung, in der ca. 40.000 Menschen arbeiten und die 16% des zypriotischen BIP ausmacht.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 2. Dezember gewann Nicolas Papadopoulos, der Sohn des verstorbenen ehemaligen Präsidenten Tassos Papadopoulos, den Kampf um den Vorsitz der DIKO. DIKO ist ein Koalitionspartner von DISY und EVROKO in der derzeitigen Regierung. Das Ergebnis fiel mit 51.12% knapp zugunsten von Papadopoulos

aus, während der amtierende Vorsitzende Marios Garoyian 48.88% der Stimmen erhielt. Von den ungefähr 38.000 DIKO-Mitgliedern nahmen 24.734 Mitglieder an der Wahl teil. Garoyians Wahlkampfteam beanstandete das Wahlergebnis und behauptete, dass 400 Mitglieder nicht im Parteiregister standen und somit nicht wählen konnten. Vor der Wahl wurde darüber spekuliert, ob sich im Falle eines Wahlsieges für Garoyian die Partei spalten würde und die abtrünnigen Mitglieder zusammen mit enttäuschten Mitgliedern aus der EDEK und Teilen der Grünen sowie mit Lillikas Bürgerallianz eine neue Partei bilden könnten.

Das Wahlergebnis könnte der Regierungskoalition einige Schwierigkeiten bereiten, da Papadopoulos ein vehementer Kritiker von Präsident Anastasiades ist. Papadopoulos trat sogar von seinem Posten als Vize-Parteichef zurück, als sich die Partei entschloss, Anastasiades als Präsidentschaftskandidaten zu unterstützen. Während des Wahlkampfes im letzten Februar stellte sich Papadopoulos auf die Seite des von der EDEK unterstützten Kandidaten Giorgios Lillikas, während Garoyian die Mehrheit der DIKO-Mitglieder hinter sich scharte und Anastasiades unterstützte.

Im Vergleich zu Garoyian nimmt Papadopoulos einen härteren Standpunkt in der Zypernfrage ein. 2004 war er (wie auch Garoyian) gegen den Annan-Plan, während DISY offiziell den Plan unterstützte. Später kritisierte er die von dem damaligen Präsidenten Christofias gemachten Zugeständnisse an die türkisch-zypriotische Seite.

Einige Beobachter gehen davon aus, dass Anastasiades aufgrund der wirtschaftlichen Probleme und einer Reihe wichtiger Entscheidungen im Parlament in einigen Punkten nachgeben wird, um die Unterstützung von Seiten der DIKO nicht zu verlieren und in der Zypernfrage eine härtere Haltung einnehmen könnte.

In der Zwischenzeit trafen sich Papadopoulos und Lillikas am 18. Dezember und besprachen u.a. eine mögliche zukünftige Zusammenarbeit.

Außenpolitik

Im Dezember wurde der Hafen von Limassol im Zusammenhang mit der Vernichtung syrischer Chemiewaffen von einer Anzahl von Schiffen angelaufen. Der russische, atomar betriebene Zerstörer Smetlivy lief Limassol im Rahmen der im Mittelmeer durchgeführten Mission an. Einige Tage zuvor lag ein amerikanischer Zerstörer im Hafen vor Limassol vor Anker, nachdem er an einer multinationalen Übung im östlichen Mittelmeer teilgenommen hatte. Der Hafen von Limassol ist auch die Basis für vier skandinavische Schiffe, die im Dezember syrische Waffen hätten abtransportieren sollen.

4. Türkische Zyprioten

Im Dezember wählte die Republican Turkish Party (CTP-BG) Premierminister Özkan Yorgancıoğlu zu ihrem Vorsitzenden. Die Partei hielt ihren 24. Parteitag am 8. Dezember ab. Amtsinhaber Yorgancıoğlu war von Partei-

sekretär Asim Akansoy herausgefordert worden. Insgesamt 1.015 Mitglieder nahmen an der Wahl teil, bei der Yorgancioglu 555 Stimmen und Akansoy 442 Stimmen bekamen. 18 der abgegebenen Stimmen waren ungültig und eine Stimme war gestrichen worden.

Folglich gab es keine Änderungen in der derzeitigen Parteiführung. Akansoy trat nach den Wahlen allerdings von seinem Amt zurück. Der neu gewählte Parteisekretär, Kutlay Erk, der ehemalige Bürgermeister des türkisch-zyprisch verwalteten Teils Nikosias, war der Konsenskandidat für den vakanten Posten.

Während Yorgancioglu seine Machtbasis innerhalb der Partei stärken konnte, entwickelte sich eine Krise in der Partei des Koalitionspartners, der Democrat Party (DP-UG). Ein Streit über das Schicksal von 366 mit Zeitverträgen ausgestatteten Arbeitern, die von der Vorgängerregierung eingestellt worden waren, gefährdete Ende Dezember plötzlich die Stabilität der Regierung. Premierminister Yorgancioglu bestand darauf, dass die am 31. Dezember 2013 ablaufenden Arbeitsverträge der Saisonarbeiter nicht verlängert würden. Zudem machte Yorgancioglu deutlich, dass die Regierung im kommenden Haushaltsjahr diese Praxis der temporären Arbeitsverhältnisse als Teil eines neuen Wirtschaftsprogrammes abschaffen werde. Vize-Premierminister Serdar Denktasch widersprach dem öffentlich und versuchte, diese Frage innerhalb des Ministerrates formal zur Sprache zu bringen. Als Präsident Derwisch Eroglu in der letzten Woche des Jahres den Vorsitz über den Ministerrat hatte, stand aber allein das Zypernproblem auf der Tagesord-

nung, während diese politische Frage ungelöst blieb.

Es wurde spekuliert, dass sich der Vorsitzende der DP-UG, Serdar Denktasch, von den Entlassungen im Vorfeld der Gemeinderatswahlen im kommenden Jahr distanzieren wollte. Dies wiederum führte zu weiteren Spekulationen darüber, ob die Koalitionsregierung in naher Zukunft scheitern könnte. Hintergrund ist sind auch die in der Türkei aufkommenden Beschuldigungen in dem Korruptionsskandal und die sich entwickelnde Krise in Ankara, die das Potential haben, Recep Tayyip Erdogans bis dahin unangefochtenen Machtanspruch zu gefährden. Denktasch, der der Politik von Erdogan und seiner Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP) nicht nahe steht, mag mögliche neue Koalitionsverhältnisse in der ‚TRNZ‘ als Folge der dramatischen Entwicklungen in der Türkei im Hinterkopf haben. Als jedoch der Dezember und das alte Jahr endeten, war die Koalitionsregierung noch intakt. Die Verhandlungen innerhalb der Regierung waren bis zum Jahresende nicht abgeschlossen.

Es gab auch Unstimmigkeiten bei der Verabschiedung des Haushaltsplanes für 2014 sowie bei den langfristigen Bemühungen in Bezug auf die Reformen im öffentlichen Dienst. Während die Regierung sich in der Pflicht sah, das von der Vorgängerregierung und der Türkei vereinbarte Sparprogramm einzuhalten, war sie sich doch auch über die mit der hohen Arbeitslosigkeit verbundenen Probleme bewusst. Die Arbeitslosenrate lag Ende 2013 wie bereits im Vorjahr bei ca. 9.9%. Für 2014

prognostiziert die Regierung ein Wirtschaftswachstum von 4%. 2013 wuchs die Wirtschaft um 2.2% bei einem BIP von 7.6 Milliarden TL

Die türkisch-zypriotischen Tageszeitungen befassten sich im Dezember mit den Gesprächen zwischen den griechisch-zypriotischen und türkisch-zypriotischen Fußballverbänden über eine Vereinbarung, die von der FIFA bestätigt worden war, der zufolge der türkisch-zypriotische Fußballverband als Teil des zypriotischen Fußballverbandes an europäischen Fußballwettbewerben teilnehmen kann.

Im Gegensatz dazu steckten die formalen Friedensgespräche weiterhin fest, da sich die beiden Seiten nicht auf eine gemeinsame Erklärung über die Grundlagen einer Lösung einigen können. Dies ist eine Vorbedingung für die Wiederaufnahme substantieller Gespräche, welche seit Zyperns EU-Ratspräsidentschaft 2012 auf Eis liegen. Die Wahl von Nicos Anastasiades zum Präsidenten der Republik Zypern hatte Hoffnungen genährt, dass die Verhandlungen 2013 wieder aufgenommen werden würden. Die Unstimmigkeiten konnten jedoch bis Jahresende nicht ausgeräumt werden. Die Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Souveränität und deren Ausübung (inklusive der Restzuständigkeiten der Teilstaaten innerhalb eines föderalen Systems) konnten zwischen beiden Seiten nicht überbrückt werden, während die Vermittler der Vereinten Nationen nicht in der Lage waren, eine Vereinbarung zustande zu bringen. Die sich vertiefende politische Krise in Ankara, zusammen mit den anstehenden Wahlen in der Türkei 2014, lassen die Chancen, dass 2014 ein Jahr

des Durchbruchs werden könnte, zunehmend schwinden.

Während der Besuch des türkischen Außenministers Ahmet Davutoglu am 14. Dezember eine günstige Gelegenheit für einen Durchbruch zu sein schien, hatte die türkische Position nicht die von Anastasiades gestellten Bedingungen für eine gemeinsame Erklärung erfüllt. Folglich endete der Dezember ohne eine Vereinbarung und die Unsicherheit über den Stand der von der UN vermittelten Gespräche verstärkt sich. In der Tat führten eine Reihe äußerer Faktoren, wie z.B. die in der Türkei anstehenden Wahlen und die politische Krise dort, zu Spekulationen, dass Ban Ki-Moons Sonderbeauftragter für Zypern, Alexander Downer, sein persönliches Engagement für die Guten Dienste in Zypern, denen er seit 2008 vorsteht, beenden und eine andere Funktion annehmen könnte.

Trotz des offensichtlichen Misserfolgs bei den Gesprächen unterstützen die türkisch-zypriotische Regierung und der Premierminister Yorgancıoglu die türkische Position und deren am 14. Dezember vorgelegten Entwurf. Der Außenminister der ‚TRNZ‘, Özdil Nami, betonte seine Unterstützung sowie seine optimistische Haltung, dass eine Vereinbarung über eine gemeinsame Erklärung in erreichbarer Nähe sei trotz des monatelangen Gezerres über die passende Wahl der Worte.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Januar

Montag 13. Januar 2014, 19:00

GOETHE INSTITUT / ZYPRISCH-DEUTSCHER
KULTURVEREIN / FES

Film

Erinnerungen an Willy Brandt

Sprache: Deutsch mit englischen Untertiteln

Goethe Institut Zypern, Nicosia
(in der UN Pufferzone)
Öffentliche Veranstaltung



Donnerstag 16. – 20. Januar 2014, 13:30

FAMAGUSTA CHAMBER OF COMMERCE AND
INDUSTRY / THE BI-COMMUNAL FAMAGUSTA
INITIATIVE / FAMAGUSTA MUNICIPALITY /
GOETHE INSTITUT / USF (UNIVERSITY OF SOUTH
FLORIDA / JAN WAMPLER ARCHITECTS /
FAMAGUSTA INITIATIVE) / MANTOVANI PLOTIN
TRAVEL / FES

Diskussionen und Präsentationen

The Famagusta Ecocity Project

Gemeindezentrum, Dherynia
Öffentliche Veranstaltung

Impressum:

Friedrich Ebert Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: fescyprus@cytanet.com.cy

Web-Seite: www.fescyprus.org

Text:

Hubert Faustmann, Erol Kaymak, Yiannis
Charalambous und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros, Christoph Lokotsch und
Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi und Christoph Lokotsch

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie
bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com